Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2 mal täglich ins Haus gebracht: 90 Pf. monatlich, 2.70 Mk. vierteljährlich. Bei unseren Filialen und Annahmestellen abgeholt: 75 Pf. monatlich, 2.25 Mk. vierteljährlich.
Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.20 Mk., ausschließlich Postbestellgeld. Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur 1mal.
Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.
Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

107. Jahrgang

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 Mk. von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 Mk. Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschrift im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr: Gesamtauflage 5 Mk. pro Tausend exkl. Postgebühr. Teilbeilage höher.
Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Berliner Redaktion: In den Zelten 9.
Fernsprech-Anschluß: Amt Moabit Nr. 467.

Nr. 220. Sonnabend, den 3. Mai. 1913.

Erinnerungen an 1813:

3. Mai: Die Franzosen verlassen mittags Leipzig. Abends gegen 1/2 10 Uhr kommt eine preußische Patrouille vor das Rathaus in Leipzig gesprengt.

Rückzug der Alliierten in zwei Kolonnen: die preußische Armee unter Blücher geht bis Borna zurück, die russische unter Wittgenstein bis Frohburg. Der Vizekönig von Italien geht bei Pegau über die Elster.

Napoleon erläßt folgende Erklärung an seine Soldaten: „Ich bin mit Euch zufrieden. Ihr habt durch Euren guten Willen und Eure Tapferkeit alles wieder ersetzt. Ihr habt an dem berühmten Tage des 2. Mai die russische und preußische Armee vernichtet und zerstreut. Die Schlacht von Lützen wird über die Schlachten von Austerlitz, Jena, Friedland und an der Moskwa gesetzt werden."

Das Wichtigste.

* **In Leipzig wird heute die Internationale Baufach-Ausstellung mit Sonderausstellungen 1913 in Anwesenheit des Königs Friedrich August eröffnet.** (S. Bes. Beilage.)

* Bei Großgörschen wurde gestern ein Scharnhorst-Denkmal feierlich enthüllt. (S. Bes. Art.)

* Bei dem Maifeierumzuge in Rüstringen (Oldenburg) kam es zu einem ernsten Zusammenstoß mit der Polizei, bei dem sechs Personen verletzt wurden. (S. Pol. Ueberf.)

* **Die Antwortnote Montenegros an die Mächte über die Skutarifrage zeigt wenig Entgegenkommen.** (S. bes. Art.)

* Im Wiener Ministerrat herrschte völlige Einmütigkeit über die Richtlinien für die Haltung Oesterreichs in den nächsten Tagen. (S. bes. Art.)

Politische Moral.

Man schreibt uns:

„Mit Recht hat das „Leipziger Tageblatt" die Ablehnung einer Reichsanwaltsstelle als höchst bedauerlich bezeichnet und darauf hingewiesen, in welchen Händen sich die Fürsorge für unsere Rechtspflege befinde. Die Tatsache, daß sich hier Sozialdemokratie und Ultramontanismus wieder einmal mühelos und geradezu instinktmäßig zusammengefunden haben, und zwar just, als es etwas „abzuwehren" galt, was nicht paßte, führt zu noch weiteren, nicht eben erfreulichen Ausblicken. Ueber die sogenannten „Gründe" der Sozialdemokraten kein Wort. Diejenigen von der Partei der Hundertundzehn, die etwas von der Sache verstanden, brachten dem Haufen der Unentwegten bzw. Unverständigen das Opfer ihrer Ueberzeugung. Wie sie das vor sich selbst verantworten wollen, bleibt ihre Sache und bietet dem nichts Neues, der weiß: die Führer der jetzigen Partei, namentlich die im Verdachte des Revisionismus stehenden, werden noch auf lange Zeit gezwungen sein, ab und zu einen Rückfall in die „natürliche Wildheit" in Szene zu setzen, wenn anders die Partei als solche zusammengehalten werden soll. Das ist nun nachgerade allgemein bekannt und bietet kaum noch psychologischen Reiz.

Ganz anders liegt die Sache, wenn man einmal das Zentrum ins Auge faßt. Einen ernst zu nehmenden Versuch, die Ablehnung einer von der Reichsjustizverwaltung als dringend nötig vertretenen Ausgabe von 2000 ℳ zu rechtfertigen, haben diese Herren weder in der Budgetkommission, noch in der zweiten Lesung, noch endlich an dem Schlußtage gemacht, als sie mit den andern bürgerlichen Parteien einen Haushaltplan genehmigten, der das Reich zur Ausgabe von 3 Milliarden und beinahe 200 Millionen Mark verpflichtet. Wohl aber versagte das Zentrum zu gleicher Zeit eine dringende Forderung des Staatssekretärs der Marine, für die sich dieser Mann, von dem einmal die Geschichte reden wird, persönlich eingesetzt hatte, außerdem die Ostmarkenzulage. Gegen den sechsten Reichsanwalt hatten die Sprecher der Sozialdemokratie bekanntlich eine Abneigung gegen die Einrichtung der Staatsanwaltschaft überhaupt — wie unlogisch das ist, wurde ihnen sofort entgegengehalten —, vor allem aber den nach ihrer Ansicht falschen Antrag angeführt, den ein früherer Oberreichsanwalt im Landesverratsprozesse gegen Liebknecht, also vor Jahren, gestellt hatte. Man sei, so hörte man, angesichts dieser Erfahrung nicht in der Lage, etwas für die Reichsanwaltschaft zu tun, stellte aber, wenn sich diese Behörde einmal jahrelang gut geführt haben werde — so ungefähr der Sinn —, eine wohlwollende Prüfung solcher Forderungen in Aussicht. Man vergegenwärtige sich doch einmal, was das heißt. Schließlich ist das Strafgesetz der Niederschlag des sittlichen Bewußtseins eines Volkes. Die Staatsanwaltschaft ist diejenige Behörde, die in erster Linie darüber zu wachen hat, daß das Strafgesetz den ihm gebührenden Respekt genieße. Die Reichsanwaltschaft im besonderen versieht diese Aufgabe beim höchsten Gerichtshofe, der der Stolz der Nation ist. Nun kommt eine Partei, die den Staat, wie er ist und nach unserem Glauben sein soll, verneint — andere sagen: umstürzen will —, und wagt es, das, was solcher Behörde frommt, abhängig zu machen von deren Wohlverhalten oder ähnlichem. Man sollte meinen: jedem, der nur einiges Staatsgefühl besitzt, müßte ob solchem Ansinnen die Schamröte ins Gesicht steigen. Nicht so dem Zentrum. Es bleibt kühl bis ans Herz hinan und reicht jenen die Hand zur gemeinsamen Verneinung. Gemeinsamkeit zum mindesten in der Gleichgültigkeit gegen eine Forderung des Staates. Oder doch, wie viele meinen, nur ein Schachzug im Kampfe um das Jesuitengesetz? Auch dann wäre die Ablehnung tief zu bedauern, da sie eben beweise, daß noch heute die Lehre anerkannt wird, deren Verkünder der Orden der Gesellschaft Jesu von Anbeginn war: Die Kirche steht über dem Staate. Die Zusammenhänge wären dann klar und die Ablehnung der Reichsanwaltsstelle weiter nichts, als ein Wink an den Staat, wessen er sich von der Kirche zu versehen habe, jetzt und in alle Zukunft, wenn er nicht pariere. Hoffentlich ist auch dem Bundesrat dieser Zusammenhang erkennbar.

Allein immerhin handelt es sich bei der Gegnerschaft von Staat und Kirche, unter der unser Volk so viel gelitten hat, um eine Frage, die hüben und drüben auf dem Gebiete des Glaubens und der Ethik liegt. Hier kann man verstehen und verzeihen. Kann man dies aber auch angesichts des Verhaltens des Zentrums gegenüber der Wehrvorlage? Zunächst ein Drängen und Treiben, als verstehe man in solchen Dingen keinen Spaß und wollte es den Leuten einmal zeigen, die am nationalen Sinne des Zentrums zu zweifeln wagten. Und nun gleich zum Anfange der Kommissionsberatungen der Antrag, zwischen zwei Lesungen die Deckungsvorlage einzuschieben. Wohl ausgesonnen, aber doch durchschaut! Entweder ein verkappter Verschleppungsversuch, der mit jenem nationalen Eifer schlechthin unverträglich ist. Oder das Unternehmen, mit der Wehrvorlage einen Druck auf die Linke, namentlich die Nationalliberalen, auszuüben, damit sie nur ja auch die Deckung gemeinsam mit der Rechten verabschieden. Unter Ausschaltung der Sozialdemokratie natürlich! Wenn man vor diesen Wagen die Wehrvorlage spannt — so die Kalkulation — wird er schon vorwärts gehen. Kurz darauf aber beginnt das Zentrum mit den Abstrichen, zunächst bei der Kavallerie, und zwar gegen die anderen bürgerlichen Parteien und mit der Sozialdemokratie, die man sonst ausgeschaltet sehen möchte. Als ob nicht die Forderung berechtigt wäre, daß der Grundsatz von der „gleichen Mehrheit" auch für die Abstriche gelten müsse. Es kann doch dem Zentrum nicht gestattet sein, zunächst, wie bei der Ostmarkenvorlage und beim Reichsanwalt, gemeinsam mit der Sozialdemokratie Forderungen des Staates kühl abzulehnen, von derselben Partei aber, wenn es zur Deckung kommt, hörbar abzurücken. Wir meinen, das sei der denkbar tiefste Stand politischer Moral."

Montenegros Antwort.

Wieder ein eigentümlicher Zwischenzustand. Noch keine Entscheidung. Der österreichische Ministerrat hat heute getagt, hat „laufende Angelegenheiten" erledigt, hat den Bericht des Grafen Berchtold über die Lage entgegengenommen und dann? Nichts weiter! Denn was amtlich noch an die Presse gegeben wurde, ist lediglich die Versicherung, daß der Ministerrat über die in der auswärtigen Politik einzuhaltenden „Richtlinien" einig sei. Das bedeutet, aus der Sprache der Diplomatie ins Gemeinverständliche übersetzt: Wir sind zu keinem Entschluß gelangt. Man wartet. Vielleicht wartet man nur noch einen Tag, vielleicht zwei, vielleicht länger. Worauf?

Diese Stoppung fällt um so mehr auf, als der Ministerrat die Antwort Montenegros auf den Einspruch der Mächte gegen die Besetzung Skutaris in Händen hatte. Wirkte diese Antwort durch ihre edle Unbescheidenheit wirklich beruhigend? Nikita — der Neid muß es ihm lassen — versteht seine Sache zu führen. Er dreht den Spieß um und geht den Großmächten zu Leibe. Er beschuldigt sie eines ungehörigen Verfahrens. Wie konnten sie sich herausnehmen, über die Grenzen des künftigen Albanierstaates zu befinden, ohne die verbündeten Balkanmächte, ohne vor allem Montenegro zu befragen? König Nikolaus ist darob sehr ungehalten und er bescheidet die Mächte dahin, daß er die Skutarifrage erst dann behandeln werde, wenn für ihn und seine Verbündeten der Zeitpunkt da sei, wo sie sich mit den Großmächten über die Grenzen Albaniens endgültig zu verständigen für gut finden werden. Das ist klar und bündig. Offenbar rechnet Montenegro auf einen Umschlag der Stimmung in Petersburg, und der Verdacht, daß sich Nikolaus im voraus der Zustimmung Rußlands zu dieser Antwort versicherte, liegt nahe genug. Nur so wird das Abwarten Oesterreichs einigermaßen erklärlich. Ob am Montag die Entscheidung in der Botschafterkonferenz in London fallen wird? Inzwischen haben die Montenegriner Zeit zur Veranstaltung ihrer Jubelfeste. Der König wird mit seiner Familie in Skutari einziehen und die Frau Königin hat in Wien, so wird berichtet, eilig große Bestellungen an Gewändern und Schmuck aufgegeben. Das ist alles außerordentlich spaßhaft, wenn nur der Hintergrund dieses Stückes zu diesem heiteren Gebaren besser passen wollte. Wir fürchten, daß der Sinn für Humor in Wien bereits stark abhanden gekommen ist und ein befreiendes Lachen wird die Antwort Nikitas im heutigen Ministerrate kaum ausgelöst haben.

Die Antwort Montenegros.

Nach amtlicher montenegrinischer Quelle lautet die Antwort Montenegros auf den letzten Schritt der Mächte folgendermaßen:

„Die Königliche Regierung hatte die Ehre, die Mitteilung der Großmächte vom 14. (27.) April zu empfangen. Sie glaubt, ihnen gegenüber ihre Pflicht zu erfüllen und gleichzeitig der nationalen Sache, die ihr obliegt, gebührend Rechnung zu tragen, wenn sie ihre Haltung durch eine Darlegung der Gründe rechtfertigt, welche sie bestimmt haben, die Entscheidung der Großmächte bezüglich der Nord- und der Nordostgrenzen Albaniens nicht ohne weiteres zur Kenntnis zu nehmen. Die Königliche Regierung bedauert vor allem sehr, mit ihren Verbündeten bezüglich der Abgrenzung Albaniens

nicht befragt

worden zu sein, obwohl Albanien vom türkischen Joch durch die siegreichen Heere der Verbündeten befreit wurde, denen allein es also seine politische Befreiung verdankt. Anderseits werden Albaniens Grenzen durch territoriale Verhältnisse der verbündeteten Staaten bestimmt, und diese lösen gleichzeitig eine Anzahl politischer und wirtschaftlicher Interessen aus, die diese Staaten nicht gleichgültig lassen können. Die Königliche Regierung kann infolgedessen nicht umhin, zu glauben, daß sich den Beratungen der Großmächte die Notwendigkeit der Befragung der Verbündeten hätte aufzwingen müssen, insbesondere seit der Unterbreitung des Memorandums der Balkandelegierten in London, da die politische Entwickelung der Balkanstaaten tief und ausschließlich von der Gründung eines neuen albanischen Staates berührt wird.

Die Königliche Regierung glaubt überdies, daß, nachdem die Festsetzung der Grenzen Albaniens der Natur der Sache nach erst nach Abschluß des Friedens zwischen den Verbündeten und dem ottomanischen Reiche durchgeführt werden kann, jede von den Großmächten ergriffene Maßnahme zum Zwecke der Räumung von vormals belagerten Plätzen und besetzten Gebieten, ebenso wie zum Zwecke der Einstellung der Feindseligkeiten notwendigerweise eine

Verletzung der Neutralität,

das heißt des Rechtes der Verbündeten als Kriegführende im ganzen Umfange des Schauplatzes des Balkankrieges zu operieren, und infolgedessen eine willkürliche Begrenzung der Grundlage für die Friedensverhandlungen mit dem ottomanischen Reiche mit sich bringe. Die Königliche Regierung bedauert, daß die erwähnten Gründe ihr nicht gestattet haben, Kenntnis zu nehmen von der Festsetzung der fraglichen Grenzen, insbesondere hinsichtlich der

Regelung der Frage von Skutari

und seines Gebietes, dessen Abgrenzung ganz zum Vorteile eines nicht existierenden Staates sicherlich sehr gegen die Absichten der Großmächte, gegen die Sicherheit des montenegrinischen Staates, gegen seine allervitalsten Interessen gerichtet ist. Das bedeutet nach Ansicht der Königlichen Regierung eine

offenbare Ungerechtigkeit auf seiten der Großmächte,

die die Blokade der montenegrinischen Küste beschlossen, um wegen Aufgabe der Belagerung Skutaris einen Druck gegen Montenegro auszuüben.

Nicht in der Absicht, den Willen Europas zu mißachten, sondern vielmehr im vollen Bewußtsein ihrer nationalen Aufgaben, hat sich die Königliche Regierung geweigert, sich einer Entscheidung zu unterwerfen, die sie einer Stadt und eines Gebietes berauben würde, deren Besitz von ihr in Uebereinstimmung mit der Meinung der ganzen Nation als von wesentlicher Bedeutung für Montenegro angesehen wird. Und von gleichem Geiste beseelt und von den gebieterischen Bedürfnissen der Erhaltung Montenegros bestimmt, hatte sie die Ehre, am 8. (21.) April im Einvernehmen mit ihren Verbündeten den Großmächten zu erklären, daß sie sich bei den Unterhandlungen mit der Pforte das Recht vorbehalte, mit den Großmächten die auf die Festsetzung der Grenzen bezüglichen Fragen zu verhandeln. Unterdessen hat die Stadt Skutari kapituliert.

Die Königliche Regierung, von dem Wunsche beseelt, den Großmächten ihre Ehrerbietung zu bezeigen, beeilt sich zu erklären, daß diese neue Tatsache nach ihrer Auffassung keineswegs eine Herausforderung hinsichtlich der Entscheidung über das Schicksal Skutaris bedeute. Die Besitznahme dieser Stadt nach der Uebergabe vom 23. April ist nur die logische und natürliche Folge eines früheren Zustandes, einer militärischen Maßnahme, die beschlossen und durchgeführt wurde auf Grund jener vollen und ganzen Aktionsfreiheit, die die Königliche Regierung mehr als einmal im Laufe dieses Krieges auf Grund der unverjährbaren Prinzipien des Völkerrechts nachdrücklich gefordert hat. Indessen ist die Regierung genötigt, die Aufmerksamkeit der Großmächte auf die Kundgebungen zu lenken, die dem Einmarsche der montenegrinischen Truppen gefolgt und nach dem Geständnis der unparteiischsten Zeugen nur eine Kette von Bestätigungen der Richtigkeit jener These gewesen sind, die die Königliche Regierung in London hinsichtlich des unter der Bevölkerung Skutaris herrschenden Geistes aufgestellt hat. Die warme und einmütige Aufnahme, die von seiten aller Bevölkerungsschichten und jeder Konfession der montenegrinischen Armee bereitet wurde, sowie die vom Erzbischof von Skutari, von der Geistlichkeit und den katholischen wie muselmanischen Notabeln abgegebenen Erklärungen der Loyalität und Anhänglichkeit lassen keinen Zweifel über die Gesinnung der **Bevölkerung Skutaris,** die von **dem Wunsche beseelt ist, eine sowohl von politischen als auch vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt für die Stadt vorteilhafte Besitznahme verwirklicht zu sehen.**

Diese unzweideutigen Beweise der Anhänglichkeit der Bevölkerung könnten wohl geeignet sein, die Ergebnisse der von den Großmächten auf Grund unzulänglicher Annahmen durchgeführten Untersuchung abzuändern.

Angesichts dieser Sachlage und mit Rücksicht auf die Gründe, die die Königliche Regierung soeben auseinandergesetzt hat und der erleuchteten Beurteilung der Großmächte unterbreitet, hat sie die Ehre, zu erklären, daß sie der unter dem 8. (21.) April den Großmächten gemachten Mitteilung treu bleibt und **sich vorbehält, die Skutarifrage an dem Zeitpunkte anzuschneiden, wo im Laufe der Friedensverhandlungen mit dem Ottomanischen Reiche die verbündeten Balkanstaaten mit den Großmächten die endgültige Festlegung der Grenzen Albaniens erörtern werden."**

Die Auffassung in Wien.

Wien, 2. Mai. Wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, hält man hier selbstverständlich zu den Vorschlägen, die in der gestrigen Botschafterreunion in London gemacht wurden, noch nicht definitiv Stellung genommen, doch ist man hier nicht der Ansicht, daß die gestrige Sitzung der Botschafter eine Aenderung der Situation herbeigeführt hat. Es wird hier auf die den Botschaftern in London offenbar noch nicht bekannt gewesene mittlerweile erfolgte ablehnende Beantwortung des Schrittes der Großmächte durch König Nikolaus sowie auf das von der Agence d'Athene gemeldete Vorgehen Essad Paschas in Tirana hingewiesen, Tatsachen, die auf die Beurteilung der Situation gewiß nicht ohne Einfluß sein können.

Wien, 2. Mai. Der Kommissar der Börse veröffentlichte an der Mittagsbörse folgendes offizielle Communiqué:

„Die politische Situation ist unverändert. Oesterreich-Ungarn nimmt den unveränderten Standpunkt ein, daß die europäischen Beschlüsse schnellstens durchgeführt werden müssen."

Wien, 2. Mai. Ein Staatsmann, der dem heutigen gemeinsamen Ministerrat mit beiwohnt, sprach sich vor Beginn der Beratungen gegenüber einem Redakteur des „N. W. Tagbl." folgendermaßen aus:

„Die **Situation ist höchst kritisch,** wir dürfen uns darüber keiner Täuschung hingeben. Die Politik Oesterreich-Ungarns ist klar und aufrichtig gewesen seit Beginn der Krise, sie ist es auch jetzt. Deswegen weiß jeder,

SLUB Wir führen Wissen.